

## 10. Pflichtschuljahr . . .

Fortsetzung von Seite 9

geregelt werden? Das ist dann völlig überflüssig!" Zur Berufsschulpflicht der über 18jährigen meinte der Abgeordnete an die SPD gerichtet: „Im Grunde verbindet sich damit bei Ihnen doch ein tiefes Mißtrauen gegen die Wirtschaft.“

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) betonte in einem weiteren Redebeitrag, auf eine Zwischenbemerkung der CDU hin, die Mädchen seien die großen Leidtragenden, weil die bei Hauswirtschaft nicht erfaßt seien. Das sei nicht richtig. Die Berufsfachschule für Hauswirtschaft sei genauso erwähnt wie die für Technik, für Gestaltung und andere Bereiche.

### Auf CDU-Antrag: dritte Lesung

**Peter-Olaf Hoffmann** (CDU) bekräftigte, die SPD habe dem Antrag zu einer dritten Lesung entsprochen, weil ihr die Geschäftsordnung des Landtags keine Möglichkeit biete, dies abzulehnen. Das berechtigte eigentliche Anliegen der CDU sei jedoch ignoriert worden, aufgrund der erheblichen Bedenken der Mehrheit der Kultusminister der Länder in der KMK erst einmal zu beraten, um dann mit der CDU im Ausschuß neu zu diskutieren. „In eis-kalter Ausnutzung noch bestehender parlamentarischer Mehrheiten versuchen Sie unter Dach und Fach zu bekommen, was Sie Reformpolitik nennen, was Nordrhein-Westfalen aber weiter in die schulpolitische Isolation treibt.“

**Reinhard Grätz** (SPD) bekräftigte erneut, das heutige Gesetzgebungswerk sei eines der drei wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben in dieser Legislaturperiode. Von daher würde die dritte Lesung begrüßt. Wenn die CDU die erheblichen Bedenken der Mehrheit der Kultusminister anmelde, dann sage er, Mehrheiten änderten sich schnell. Die Mehrheit werde in wenigen Tagen nicht mehr sieben zu sein, sondern nur noch sechs zu fünf sein. Und sechs zu fünf könne sich sehr schnell umdrehen. NRW spüre keine Isolation, sondern sei stolz darauf, eine bildungspolitische Vorreiterrolle im Bundesgebiet eingenommen zu haben.

## Abgeordnetengesetz

Neben den Plenarthesen in der Bericht-erstattung von „Landtag intern“ haben die Abgeordneten über weitere Tagesordnungspunkte beraten und abgestimmt. So wurde am 8. März in zweiter Lesung das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen – Diätengesetz 1972 – und zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen – Abgeordnetengesetz – bei einer Stimmenthaltung verabschiedet. Ebenfalls wurde am selben Tag in zweiter Lesung das Gesetz über den Vorbereitungsdienst für die Laufbahnen des gehobenen und des höheren Forstdienstes in Nordrhein-Westfalen gebilligt.

## Porträt der Woche



Richard Winkels (SPD)

Vizepräsident des Landtags ist Richard Winkels seit fünf Jahren, und er ist es gern. Auf dem elften Listenplatz seiner Partei abgesichert, hofft der SPD-Politiker, auch nach der Wahl am 12. Mai seine Arbeit im Parlamentspräsidium fortsetzen zu können. Dort gibt es aus seiner Sicht noch viel zu tun: Das Ansehen der Abgeordneten in der Öffentlichkeit sei zu verbessern. Ohne Verklausulierungen geht er die Ministerialbürokratie an, die oft ihre Informationsvorsprünge dazu nütze, die Kontrollaufgaben des Parlamentes zu unterlaufen: „Die Ministerialbeamten machen uns zu viele unnötige Schwierigkeiten.“

Mit der Arbeit des Parlaments in der jetzt auslaufenden Wahlperiode zeigt sich der Vizepräsident recht zufrieden, sie sei in den vergangenen fünf Jahren „sehr diszipliniert“ abgelaufen. Ob das künftig – mit drei oder vier Fraktionen im Landtag – so bleibt, dazu äußert er sich zurückhaltend: „Das könnte anders werden.“

Daß es im Wahlkreis 100 zu wesentlichen Änderungen kommen wird, davon geht er realistisch nicht aus. Im konservativen ostmünsterländischen Kreis Warendorf dürfte sein CDU-Gegenkandidat Heinrich Ostrop erneut das Direktmandat erringen. Zweimal zog Winkels als „Nachrücker“ ins Parlament, 1961/62 für acht Monate und 1968. Bei allen Wahlen seit 1970 erhielt er einen sicheren Listenplatz.

In seiner Heimatstadt Warendorf ist Richard Winkels fest verwurzelt. 1920 im nahen Beelen als Sohn des Bahnhofsvorstehers geboren, wuchs er „in der Obhut des katholischen Ortspfarrers“ auf, war im Krieg Marineoffizier und arbeitete 20 Jahre lang als Lokalredakteur in Warendorf, wo er 1968 Leiter des städtischen Amtes für Sport, Verkehr, Presse und Öffentlichkeitsarbeit wurde. Seit 1950 Mitglied der SPD, nahm er in den folgenden Jahrzehnten viele lokale und regionale Parteiämter wahr.

In der Leitung von großen Sitzungen ist Richard Winkels nicht erst seit 1980 geübt. Seit über 20 Jahren ist er Präsident der „Warendorfer Karnevalsgesellschaft von 1856“, deren närrischen Sitzungen er regelmäßig präsidiert.

Noch größer als seine Liebe zum Karneval ist offensichtlich sein Engagement für den Sport. Nicht ohne Stolz berichtet er, daß Warendorf in den letzten Jahrzehnten durch sein Mitwirken bundesweit als „Stadt des Sports“ bekannt

geworden ist. Heute ist die nur 33000 Einwohner zählende Kreisstadt Sitz des Deutschen Olympiade-Komitees für Reiterei, der Deutschen Reitschule, des Landesgestüts und der Sportschule der Bundeswehr. Als langjähriger Geschäftsführer des Verbandes der Modernen Fünfkämpfer trug er dazu bei, daß Warendorf ein Leistungszentrum für diese Minderheiten-Sportart erhielt, in dem bereits zweimal Weltmeisterschaften ausgetragen wurden.

Leistungssport hat Winkels selbst nie betrieben, in der Schule sei er jedoch „im Sport recht gut“ gewesen. Im politischen Bereich erkannte er schon recht früh die Bedeutung des Sports, gab Anstöße zu den ersten Sportkonferenzen und Sportprogrammen der SPD. Seit Beginn seiner parlamentarischen Laufbahn gehört er dem Sportausschuß des Landtags an, dessen Vorsitzender er seit zehn Jahren ist. Daneben hat er sich im Petitionsausschuß engagiert, wozu ihn der enge Kontakt mit vielen Bürgern gebracht hat, die bei ihm Rat und Hilfe im Umgang mit Behörden suchten.

Durch die wachsende Freizeit sieht Winkels neue Aufgaben auf den Sport zukommen, an ihrer Bewältigung will er in den kommenden fünf Parlamentsjahren mitarbeiten. Dafür fühlt er sich „fit und jung“ – im Juli wird er 65 Jahre alt.

Was bedeutet ein mehr als drei Jahrzehnte währendes Politikerleben für die eigene Familie? Richard Winkels wird nachdenklich. Seine vier Kinder hat er zwar bewegen können, der SPD beizutreten, politisch aktiv betätigt sich jedoch keines von ihnen. Er mutmaßt die Gründe: „Sie haben hautnah miterlebt, wie sehr die politische Arbeit das Familienleben beeinträchtigt.“ Ludger Audick